

## 120617-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen im Elektrobereich – Bundesbehördenzentrum „Am Steigerwald“, Neuerrichtung ESB-Standort

OJ S 36/2026 20/02/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV)

E-Mail: [hochbau.vergabe@tlbv.thueringen.de](mailto:hochbau.vergabe@tlbv.thueringen.de)

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Bundesbehördenzentrum „Am Steigerwald“, Neuerrichtung ESB-Standort

Beschreibung: Bundesbehördenzentrum „Am Steigerwald“, Drosselbergstraße 2-4, 99097 Erfurt, Neuerrichtung ESB-Standort, Fachplanung Technische Ausrüstung ELT / IT (KG 440, 450, 460, 550) nach HOAI, Teil 4, Abschnitt 2

Kennung des Verfahrens: 9e856a61-4230-46a6-ac23-f965f3cfe4bb

Interne Kennung: 0061/26-V-EO-21

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV). Es handelt sich um ein einstufiges Verfahren. Bewerbungsbedingungen siehe Formblatt (Fbl.) 712. Die Eignungsprüfung erfolgt anhand einer Eigenerklärung des Bieters / Bietergemeinschaft. Die Eignung ist durch eine Eigenerklärung im Fbl. 724EU FbT zu erklären. Mit einem Angebot können sich alle interessierten Bieter beteiligen, die die formalen Vorgaben und die Eignungsanforderungen des Auftraggebers erfüllen. Ihr Angebot reichen Sie unmittelbar und innerhalb der angegebenen Frist beim Auftraggeber über das eVergabe-Portal ein. Eine Verhandlung über das Angebot findet nicht statt. Zuschlagskriterien: 100% Preis, Qualitätskriterien sind nicht nachzuweisen, eine Präsentation findet nicht statt. Der Auftraggeber behält sich im Rahmen der Auswertung vor, ein Gespräch mit dem Bieter zur Aufklärung von Angaben in seinem Angebot durchzuführen. Es ist den Bietern nicht gestattet, die Vorgaben des Auftraggebers zu ändern, zu erweitern, zu ignorieren, zu streichen oder dergleichen, auch wenn Sie es mit dem Auftraggeber gut meinen und im wohlverstandenen Interesse des Auftraggebers handeln wollen. Abweichungen von den Vorgaben des Auftraggebers führen i.d.R. zum zwingenden Ausschluss des Angebots. Die Eignungskriterien sind Mindestanforderungen, bei Nichteinhaltung erfolgt der Ausschluss des Bieters. Bindend sind insbesondere auch die Vorgaben des Auftraggebers zum Honorar. Es ist den Bietern nicht gestattet, die Vorgaben abzuändern, so dies nicht ausdrücklich im Honorarangebotsblatt zugelassen ist. Dies gilt für sämtliche angegebenen Honorarbestandteile. Bezeichnungen von Funktionen oder Personen umfassen für die bessere Lesbarkeit und dem Verständnis gleichermaßen die männliche, die diverse und die weibliche Form der Bezeichnungen.

### **2.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71314100 Dienstleistungen im Elektrobereich

### **2.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Drosselbergstraße 2-4

Stadt: Erfurt

Postleitzahl: 99097

Land, Gliederung (NUTS): Erfurt, Kreisfreie Stadt (DEG01)

Land: Deutschland

### **2.1.3. Wert**

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 212 000,00 EUR

### **2.1.4. Allgemeine Informationen**

#### **Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - § 15 VgV

### **2.1.6. Ausschlussgründe**

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) --- Eigenerklärung ---

Betrug: § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden --- Eigenerklärung ---

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) --- Eigenerklärung ---

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) --- Eigenerklärung ---

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen --- Eigenerklärung ---

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels) --- Eigenerklärung ---

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Beschreibung: rein nationale Gründe, Fehlende oder nicht unterzeichnete

Anlage Fbl RUS - Eigenerklärung EU vs. RUS, bzgl. Artikel 5k) der EU-VO Nr. 833/2014 i.d.F. des Artikels 1, Ziff. 23 der EU-VO 2022/576 - 5. Sanktionspaket - Anwendung der Russlandsanktionen. --- Eigenerklärung ---

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB, wenn das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat. --- Eigenerklärung ---

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB, wenn das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat. --- Eigenerklärung ---

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB, wenn das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden. --- Eigenerklärung ---

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB, wenn das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken. --- Eigenerklärung ---

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB, wenn ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann. --- Eigenerklärung ---

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB, wenn eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann. --- Eigenerklärung ---

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB, wenn das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat. --- Eigenerklärung ---

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB, wenn das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln. § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB, wenn das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen. § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB, wenn das Unternehmen versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte. § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB, wenn das Unternehmen fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. --- Eigenerklärung ---

## **5.1. Los: LOT-0000**

Titel: Bundesbehördenzentrum „Am Steigerwald“, Neuerrichtung ESB-Standort

Beschreibung: Die Beschaffung umfasst die Vergabe und Beauftragung der Fachplanung Technische Ausrüstung ELT / IT (KG 440, 450, 460, 550) nach HOAI, Teil 4, Abschnitt 2 nach § 55 der HOAI – Leistungsphasen 5-8. Die Generalzolldirektion GZD möchte in der Liegenschaft „Am Steigerwald“ in Erfurt einen Standort für Fortbildungen im Bereich Eigensicherung und Bewaffnung ESB ansiedeln. Es soll ein Gebäude für die Trainingsbereiche Raumschießanlage, Selbstverteidigung sowie Handlungs- und Verhaltenstraining neu errichtet werden. Der Außentrainingsbereich soll sich unmittelbar an das Handlungs- und Verhaltenstrainingsgebäude anschließen. Es soll ein 3-geschossiges Gebäude mit einer Bruttogrundfläche von ca. 3.000 m<sup>2</sup> je Geschoss neu errichtet werden. Der Außentrainingsbereich (Straßensituation ca. 225 m x 18,60 m, ca. 4.200 m<sup>2</sup>) soll sich unmittelbar an das Handlungs- und Verhaltenstrainingsgebäude anschließen. Im Erdgeschoss des Gebäudes ist eine KFZ-/ Mehrzweckhalle, Technikräume, verschiedene Lager- und Sanitärräume, Unterkunftsbereiche sowie die Technik der Raumschießanlage vorgesehen. Das Obergeschoss soll den Schießsportraum mit Waffenkammer und Munitionslager, verschiedene Sanitär- und Lagerräume, Schulungsräume sowie den SV-Mattenraum enthalten. Es ist ein Aufzug mit 2 Haltestellen vorgesehen. Das Gebäude erhält eine Blitzschutzanlage. Für das Objekt ist eine komplette Elektroanlage, mit Einspeisung, Haupt- und Unterverteilungen bis hin zu Installationsgeräten und einer Beleuchtungsanlage, einschl. Sicherheitsbeleuchtung, vorzusehen. Eine Photovoltaikanlage ist angedacht und muss mit dem Energiekonzept, Bauherr und Energieversorgungsunternehmen abgestimmt werden. Wir weisen darauf hin, dass für das Vorhaben das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) in den Freianlagen / Gebäuden sinngemäß angewendet wird. Es wird die Qualitätsstufe „BNB-Silber nach sinngemäßer Anwendung“ mit der Option der Zertifizierung angestrebt. Ziel ist, die Umwelt für zukünftige Generationen zu schützen, Ressourcen zu schonen und Lebenszykluskosten zu senken. Ein separat durch das TLBV beauftragter BNB-Fachplaner muss in die Konzeption eingebunden werden. Die notwendige IT-Verkabelung ist für das Funktionsgebäude strukturiert auszulegen, Etagenverkabelung in Kupferausführung (CAT7-Qualität, Datendosen sowie Patchfelder in CAT6-Qualität). Als Etagenverteiler sind 19“-Technikschränke vorzusehen. Die Anbindung der einzelnen Etagenverteiler an den Haupttechnikraum ist mit LWL auszuführen. Ein WLAN-Netz ist vorzusehen. Eine Einbruchmeldeanlage und eine Hausalarm-/ Brandmeldeanlage nach Brandschutzkonzept ist vorzusehen. Die Raumschießanlage ist über eine separate Unterverteilung zu versorgen. Für die Raumschießanlage ist ebenfalls eine komplette Elektroinstallation mit Beleuchtung, Sicherheitsbeleuchtung, Warn- und Beschallungsanlage, Türsprechanlage vorzusehen. Im Außenbereich ist neben dem HVT-Außengelände, die E-Bike Ladestation, der Grillpavillon und die Raucherinsel elektrisch zu erschließen und eine Außenbeleuchtungsanlage ist vorzusehen. Auf Grundlage der bereits vorliegenden Leistungsstufe 1 (bis zur Entwurfsplanung LPH 3), die von einem externen Büro erbracht wurde, sind die fortführenden Planungsphasen umzusetzen. Dies beinhaltet die Einarbeitung in die Bestandsergebnisse sowie den Abgleich mit der aktuellen Aufgabenstellung.

Interne Kennung: 0061/26-V-EO-21

### **5.1.1. Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71314100 Dienstleistungen im Elektrobereich

### **5.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Drosselbergstraße 2-4  
Stadt: Erfurt  
Postleitzahl: 99097  
Land, Gliederung (NUTS): Erfurt, Kreisfreie Stadt (DEG01)  
Land: Deutschland

#### **5.1.3. Geschätzte Dauer**

Laufzeit: 48 Monate

#### **5.1.5. Wert**

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 212 000,00 EUR

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

##### **Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,#Besonders auch

geeignet für:other-sme# a) Mehrfachbeteiligung einzelner Mitglieder von Bietergemeinschaften

an mehreren Bietergemeinschaften bzw. Mehrfachbeteiligungen einzelner Planer sind

unzulässig und führen zum Ausschluss aller betroffenen Bietergemeinschaften bzw. aller

betroffenen Bieter. b) Die geforderten unternehmensbezogenen Bedingungen und Kriterien

sind im Fbl. 724 beschrieben und zusammengefasst, das als Anlage veröffentlicht ist. c) Die

Angebotsunterlagen (und evtl. erforderliche Anlagen) sind vom Bieter im eVergabe-Portal

abzurufen. Die Bereitstellung in Papierform, per Fax oder E-Mail erfolgt nicht. Es ist nur die

elektronische Abgabe der Angebotsunterlagen über das eVergabe-Portal zugelassen. Werden

die Angebotsunterlagen auf einem anderen Weg als dem über das eVergabe-Portal

eingereicht, erfolgt der Ausschluss des Bieters vom Vergabeverfahren. d) Die

Angebotsunterlagen (und die ggf. geforderten Anlagen) sind vollständig ausgefüllt und mit

mindestens einer Unterzeichnung in Textform, aus der der Name des Unterzeichnenden und

das bietende Büro hervorgehen, zu versehen. Die Unterzeichnung in Textform hat an den

vorgesehenen Stellen in den Formblättern 713 FbT und 724 FbT zu erfolgen. Werden die

Angebotsunterlagen nicht oder nicht an den vorgesehenen Stellen in den Formblättern 713

FbT und 724 FbT unterzeichnet, wird der Bieter oder die Bietergemeinschaft vom Verfahren

ausgeschlossen. Änderungen des Bieters an den Vergabeunterlagen, die nicht für das

Vergabeverfahren vorgegeben sind, sind gemäß § 53 Abs. 7 VgV unzulässig und führen zum

Ausschluss des Bieters. e) Die Angebotsunterlagen sind komplett im Ganzen, vollständig

ausgefüllt und mit den ggf. erläuternden Anlagen elektronisch zurückzusenden. Fehlende

geforderte unternehmensbezogene Angaben, Erklärungen und Nachweise können durch

Nachforderungen ergänzt werden. Bieter, in dessen Angebotsunterlagen

unternehmensbezogene Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder

sonstige Nachweise) fehlen oder unvollständig sind, werden von der Kontaktstelle elektronisch

über das eVergabe-Portal aufgefordert, die fehlenden oder unvollständigen

unternehmensbezogenen Unterlagen innerhalb von sechs Kalendertagen auf elektronischem

Wege nachzuliefern. Sollten die von der Kontaktstelle nachgeforderten Unterlagen

(unternehmensbezogene Unterlagen) nicht innerhalb der genannten Frist elektronisch

eingereicht sein, werden die betreffenden Angebote vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

f) Eine selbständige Ergänzung der elektronisch eingegangenen Angebotsunterlagen mit evtl.

vorhandenen unternehmensbezogenen Unterlagen durch die Vergabestelle ohne Hinweis des Bieters zum evtl. Vorhandensein von Nachweisen des Bieters im Bereich der Vergabestelle kann nicht erfolgen. g) Eine selbständige Korrektur von Angaben des Bieters in den elektronisch eingegangenen Angebotsunterlagen durch die Vergabestelle kann nicht erfolgen. h) Alle geforderten Angaben, Nachweise, Urkunden, Referenzen, Erklärungen, Unterlagen sind in deutscher Sprache bzw. in deutschsprachiger beglaubigter Übersetzung einzureichen. Angaben, Nachweise, Erklärungen und Unterlagen, die dieser Forderung nicht entsprechen, werden im Verfahren nicht gewertet. Die Amtssprache ist deutsch, dies gilt auch für die Auftragserfüllung. i) Nach Auswertung der Angebote werden die Bieter über ihren erreichten Stand (Wichtung und Wertung anhand der Zuschlagskriterien) und den vorgesehenen Auftragnehmer (wirtschaftlichster Bieter) gemäß § 134 GWB unterrichtet. j) Die Leistung ist geeignet für Ingenieurbüros. Die Dienstleistungen sind einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Elektroplanung: Ingenieuren. Zum Berufsstand Ingenieur sind gleichwertige Qualifizierungen zugelassen. Die Gleichwertigkeit der Qualifizierungen sind durch die Bewerber nachzuweisen. k) Alle Bezeichnungen im Text der Bekanntmachung umfassen gleichermaßen die weibliche, diverse und männliche Form der Geschlechtsbezeichnung.

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis der Erlaubnis und der Befähigung zur Berufsausübung durch Nachweis der Mitgliedschaft in einer Ingenieurkammer oder einer gleichwertigen Bescheinigung einer Berufsvertretung oder über einen Handelsregistrauszug. Die Gleichwertigkeit ist nachzuweisen. Bei Bewerbungsgemeinschaften muss jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft dies nachweisen. Die Weitervergabe von Auftragsanteilen an andere Unternehmen und die Möglichkeit der Eignungsleihe sind zugelassen.

Kriterium: Berufliche Haftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis einer aktuellen Berufshaftpflichtversicherung eines in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherers mit den Deckungssummen von 1.500.000 EUR für Personenschäden und 500.000 EUR für sonstige Schäden. Dieser Nachweis ist als Anlage der Bewerbung beizufügen. Hinweis: Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen, dies ist nachzuweisen! Alternative Anforderung: Vorlage einer verbindlichen und unbedingten Erklärung des Versicherers zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe, worin der Versicherer sich bereit erklärt, vor Zuschlagserteilung die Haftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen abzuschließen. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt. Die Deckung ist über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt zu erhalten.

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zum Mindestgesamtumsatz der letzten 3 Geschäftsjahre mit einem geforderten Mindestgesamtumsatz in drei Jahren von 600.000 EUR.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die erbrachte vergleichbare Leistung (Referenz) ist mittels Angaben im Formblatt 724A – Liste Referenzen FbT für jede Referenz einzeln zu erklären. Die Referenz muss nicht die Bauherrenleistung beinhalten. Der Nachweis ist mit einer erbrachten vergleichbaren Leistung (Referenz) erbracht, wenn sie die nachfolgenden Mindestanforderungen erfüllt: Die Referenz ist im Zeitraum vom 01.01.2016 bis 31.12.2025 nachzuweisen. Durchschnittliche Planungsanforderungen (entsprechend den Honorarzonen I bis V nach HOAI) für einen Neubau. Vollständig erbrachte Leistungsphasen: Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 5-8). Außerdem eine Fachplanung Technische Ausrüstung – Elektrotechnik mit: - einer Sicherheitsbeleuchtungsanlage - einer Elektroinstallation der KG 444, 445, 446 - einer strukturierten IT-Verkabelung - einer Beleuchtungsberechnung

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Durchschnittliche jährliche Anzahl der Beschäftigten und Führungskräfte Angaben zu der durchschnittlichen Anzahl der Beschäftigten und Führungskräften in den letzten drei Jahren. Es wird eine Mindestanzahl von 3 (drei) Beschäftigten pro Jahr über drei Jahre gefordert.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Fachkräfte der Fachrichtung für die Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung – Elektrotechnik Angaben zu Namen und Qualifikation von mindestens 2 (zwei) Fachkräften, die die Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung – Elektrotechnik erbringen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zur vorgesehenen Führungskraft Angaben zu Anzahl der Jahre der Berufserfahrung mit Nachweis der Qualifikation in der Fachrichtung Technische Gebäudeausrüstung – Elektrotechnik für die vorgesehene Führungskraft Projektleiter. Erwartet wird eine Mindestberufserfahrung von 5 (fünf) Jahren.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Angaben zur stellvertretenden Führungskraft Angaben zu Anzahl der Jahre der Berufserfahrung mit Nachweis der Qualifikation in der Fachrichtung Technische Gebäudeausrüstung – Elektrotechnik für die vorgesehene stellvertretende Führungskraft (stellv. Projektleiter). Erwartet wird eine Berufserfahrung von 3 (drei) Jahren.

#### **5.1.10. Zuschlagskriterien**

**Kriterium:**

Art: Preis

Bezeichnung: Preiskriterium

Beschreibung: Preis nach bewertetem Angebot - Honorarangebot Gewichtung: 100 %

Punktebewertung zum Preiskriterium: Punkte 0,00 bis 3,00 Die Grundlage zur

Punkteberechnung beim Preiskriterium ist das Nettogesamthonorar inkl. Nebenkosten, welches grundsätzlich mit zwei Nachkommastellen herangezogen wird. Das Angebot mit dem wirtschaftlichsten Honorarangebot erhält die maximale Punktzahl von 3,00 Punkten. Die rechnerische Angebotssumme bzw. ein Angebot, dass den Betrag des Angebotes mit dem wirtschaftlichsten Honorar um das 1,5-fache oder mehr übersteigt, erhält 0,00 Punkte. Die Punktzahlen der Honorarangebote, die dazwischen liegen, werden durch Interpolation ermittelt. Die so ermittelten Punkte werden auf zwei Stellen nach dem Komma kaufmännisch gerundet. Durch Multiplikation der vergebenen Punkte mit der angegebenen Wichtungszahl

ergibt sich das Wertungsergebnis für das Honorarangebot. Bei Punktegleichstand werden weitere Nachkommastellen zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Bieters herangezogen.  
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)  
Zuschlagskriterium — Zahl: 100

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=838377>

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**

##### **Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=838377>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 24/03/2026 09:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 3 Monate

##### **Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachgefordert werden fehlende oder unvollständige unternehmensbezogene Angaben außer Fbl. 713 Angebotsschreiben mit einer Frist von 6 Kalendertagen. Sollten die von der Kontaktstelle nachgeforderten Unterlagen (unternehmensbezogene Unterlagen) nicht innerhalb der genannten Frist elektronisch eingereicht sein, werden die betreffenden Bewerbungen vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

##### **Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:**

Eröffnungstermin: 24/03/2026 09:15:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

##### **Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Bietergemeinschaften werden unter folgenden Bedingungen zugelassen: Mit den

Angebotsunterlagen ist eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft unterzeichnete

Erklärung mit folgendem Inhalt abzugeben: - die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE)

nach §§ 705 ff BGB; - die Nennung eines für die Durchführung des Vertrages

bevollmächtigten Vertreters, der die Mitglieder der ARGE gegenüber dem Auftraggeber

rechtsverbindlich vertritt; - Erklärung, dass im Falle der Beauftragung die ARGE bis zur

Abwicklung des Auftrages aufrechterhalten bleibt; - gesamtschuldnerisch haftend, mit

bevollmächtigtem Vertreter auch über die Bewerber- und Bietergemeinschaft hinaus

#### **5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt Vergabekammern des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Für den Fall der Nichtabhilfe einer Rüge durch die ausschreibende Stelle kann der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft innerhalb von 15 (fünfzehn) Kalendertagen nach Eingang der entsprechenden Mitteilung der ausschreibenden Stelle einen Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens bei der Vergabekammer stellen (§ 160 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV)

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV)

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV)

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV)

Organisation, die Angebote bearbeitet: Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV)

---

**8. Organisationen****8.1. ORG-0000**

Offizielle Bezeichnung: Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV)

Registrierungsnummer: 16900621-1000-50

Abteilung: Abteilung 2 – Hochbau und Liegenschaften, Referat 21, Grundsatz, Recht, Vergabe

Postanschrift: Hallesche Straße 15 / 16

Stadt: Erfurt

Postleitzahl: 99085

Land, Gliederung (NUTS): Erfurt, Kreisfreie Stadt (DEG01)

Land: Deutschland

Kontaktperson: [www.evergabe-online.de](http://www.evergabe-online.de) - nur für weitere Auskünfte: TLBV, Referat 21 – Grundsatz, Recht, Vergabe, Hallesche Straße 15 / 16, 99085 Erfurt

E-Mail: [hochbau.vergabe@tlbv.thueringen.de](mailto:hochbau.vergabe@tlbv.thueringen.de)

Telefon: 000

Fax: +49 361-574156570

Profil des Erwerbers: <https://www.evergabe-online.de/>

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

**8.1. ORG-0001**

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt Vergabekammern des Bundes

Registrierungsnummer: 991-0238092

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16  
Stadt: Bonn  
Postleitzahl: 53113  
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)  
Telefon: +49 228 9499-0  
Fax: +49 228 9499-163

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-0002**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)

Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

TED eSender

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: e0004bf2-20e1-4065-95ed-8b8cbf36a02a - 02

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 19/02/2026 06:17:05 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 120617-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 36/2026

Datum der Veröffentlichung: 20/02/2026